

„Ohne Deutsch keine Chancengerechtigkeit – Bildungsqualität statt Ausweitung von Mehrsprachigkeit“

Drucksache 18/15696 · eingebracht 2025-09-16 – Antragsteller: FDP

Bildung

Sprachförderung

Integration

Chancengerechtigkeit

ZUSAMMENFASSUNG

Die FDP lehnt strukturelle Mehrsprachigkeitsförderung im Regelunterricht ab und fordert stattdessen absolute Priorisierung des Deutsch-Erwerbs als Voraussetzung für Teilhabe und faire Leistungsbewertung.

KERNFORDERUNGEN

- Deutsch als einzige Sprache für Leistungsnachweise
- Keine strukturellen Verpflichtungen zur Mehrsprachigkeitsförderung
- Herkunftssprachliche Angebote nur als freiwillige Ergänzung
- Fokus auf individuelle Sprachförderung statt kollektiver Ressourcen

BEWERTUNG

4.0 / 10 GEMEINWOHL-SCORE
Überarbeiten

Der Antrag betont die zentrale Rolle der deutschen Sprache für Teilhabe und Chancengerechtigkeit — das stärkt Soziale Gerechtigkeit (D4) und Menschenwürde (D1). Allerdings widerspricht er massiv dem GWÖ-Wert Solidarität, indem er herkunftssprachliche Förderung als Belastung und „Nebenweg“ diskreditiert, statt sie als gemeinschaftliche Ressource zu begreifen. Er ignoriert systemisch die Bedeutung von Mehrsprachigkeit für Inklusion, kulturelle Anerkennung und ökologische Nachhaltigkeit im Sinne einer vielfältigen, resilienten Gesellschaft (E3, D2). Die Forderung nach Verweigerung von Leistungsnachweisen in Herkunftssprachen untergräbt Transparenz & Mitbestimmung (D5), da sie Eltern und Kinder aus der Bewertungskommunikation ausschließt.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Klare Fokussierung auf Deutsch als Teilhabesprache
- Pragmatische Betonung organisatorischer Machbarkeit
- Anerkennung herkunftssprachlicher Angebote als freiwillige Ergänzung

Schwächen

- Systematische Entwertung von Mehrsprachigkeit als Bildungsressource
- Fehlen jeglicher Verbindung zu Inklusion, Antidiskriminierung und Vielfalt
- Ignoranz gegenüber empirischen Erkenntnissen zur Mehrsprachigkeitsförderung

GWÖ-MATRIX 5x5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	.	.	.	.	.
B · FINANZEN	.	.	.	.	.
C · VERWALTUNG	.	.	.	.	.
D · BÜRGER:INNEN	+	--	.	+	-
E · GESELLSCHAFT & NATUR	.	.	-	.	.

++ stark fördernd + fördernd O neutral - widersprechend -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D1 Menschenwürde im Bildungszugang Bewertung: +3

Deutsch als Voraussetzung für Teilhabe

D4 Soziale öffentliche Leistung Bewertung: +2

Sprachförderung als Grundvoraussetzung für Bildungsgerechtigkeit

D2 Solidarität durch Anerkennung kultureller Vielfalt Bewertung: -4

Ablehnung struktureller Mehrsprachigkeitsförderung als Entwertung von Herkunftssprachen

D5 Transparenz & Mitbestimmung bei Leistungsbeurteilung Bewertung: -3

Verbot von Prüfungen in Herkunftssprachen ohne Beteiligung von Familien und Pädagog:innen

E3 Ökologische Nachhaltigkeit als kulturelle Vielfalt Bewertung: -2

Ignoranz gegenüber Mehrsprachigkeit als gesellschaftlicher Resilienzfaktor

FDP

ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM

9/10

Der Antrag spiegelt exakt die FDP-NRW-Position wider: klare Priorisierung der deutschen Sprache als Schlüssel zur Teilhabe (Q23, Q29), Ablehnung von strukturellen Umwegen (Q23: 'systematisch erfassen und durch passgenaue Angebote der Sprachförderung ausgleichen'), Betonung individueller Förderung statt Querschnittsverpflichtung (Q26, Q30). Der pragmatische, leistungsorientierte Ansatz entspricht Kernpositionen des Wahlprogramms.

„Gute sprachliche Fähigkeiten sind die Grundvoraussetzung für gelingende gesellschaftliche Teilhabe sowie für Erfolg im weiteren Bildungs- und Berufsleben.“

FDP NRW Wahlprogramm 2022, S. 7

PARTEIPROGRAMM

8/10

Das Grundsatzprogramm betont Sprache als Zugang zu Freiheit und Selbstbestimmung (Q27, Q28, Q29). Der Antrag verbindet dies mit dem liberalen Leistungsprinzip und der Forderung nach individueller Förderung (Q26, Q30). Einzig die fehlende Wertschätzung von Mehrsprachigkeit als eigenständige Kompetenz (statt nur als Übergangsressource) weicht leicht vom integrativen Liberalismus ab.

„Voraussetzung dafür ist das Beherrschen der deutschen Sprache. Sie ist der Schlüssel zu einem gesellschaftlichen Miteinander.“

FDP Karlsruher Freiheitsthesen 2012, S. 67

CDU**WAHLPROGRAMM**

7/10

Die CDU fordert ebenfalls starke Sprachförderung vor der Einschulung (Q6) und verbindliche Tests (Q6), aber auch multiprofessionelle Unterstützung (Q3) und Wertschätzung von Vielfalt (Q5, Q10). Der Antrag der FDP reduziert diese breite Förderlogik auf eine rein monolinguale Pflicht — daher kein vollständiger Konsens, aber hohe Übereinstimmung im Kernziel 'Deutsch als Schlüssel'.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

7/10

Das CDU-Grundsatzprogramm 2024 betont christlich-demokratisches Menschenbild mit Würde, Freiheit und Verantwortung (Q6–Q10), was mit dem Ziel 'Teilhabe durch Deutsch' übereinstimmt. Allerdings fehlt im Antrag die CDU-typische Subsidiaritätsorientierung und Wertschätzung von Familienzentren (Q3) oder kultureller Vielfalt (Q5, Q10).

„Deshalb wollen wir besonders die Sprachfähigkeit von Kindern mit Zuwanderungsgeschichte und von Kindern mit familiär bedingter Bildungsferne fördern.“

CDU NRW Grundsatzprogramm 2015, S. 22

GRÜNE

WAHLPROGRAMM

2/10

Der Antrag widerspricht fundamental den Grünen Positionen: Grüne fordern explizit Mehrsprachigkeit als Ressource (Q11–Q15), inklusive Sprachmittler*innen (Q13), interkulturelle Verständigung (Q16, Q19) und Ausgleich sozialer Ungleichheiten durch frühkindliche Bildung (Q18). Die FDP-Forderung nach 'Keine Abstriche beim Deutschlernen' wird bei Grünen als Ergänzung, nicht als Ausschluss anderer Sprachen verstanden.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

1/10

Das Grüne Grundsatzprogramm 2020 verankert Vielfalt, Antidiskriminierung (Q19), Recht auf Bildung als Selbstbestimmung (Q20) und interkulturelle Verständigung (Q16) als Kernwerte. Der Antrag der FDP entwertet Herkunftssprachen systematisch ('Kapitulation', 'Irrkurs') — ein fundamentaler Widerspruch zu Ökologie, Solidarität und Demokratie als GWÖ-Werten.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

SPD

WAHLPROGRAMM

3/10

Die SPD setzt auf Chancengleichheit durch gebührenfreie Bildung, Ganztagschule und Schulsozialarbeit (NRW-Wahlprogramm 2022). Der FDP-Antrag lehnt strukturelle Unterstützungsmaßnahmen ab und fokussiert auf individuelle Leistung — das widerspricht dem SPD-Verständnis von sozialer Gerechtigkeit als kollektiver Aufgabe. Kein Zitat passt direkt; die SPD betont Inklusion, nicht Monosprachigkeit als Ziel.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

2/10

Das Hamburger Programm (2007) verankert Solidarität, Gerechtigkeit und sozialen Ausgleich als Grundwerte (Q16–Q20). Der FDP-Antrag reduziert Bildungspolitik auf individuelle Sprachkompetenz und lehnt kollektive, ressourcenbasierte Förderung ab — ein klarer Widerspruch zum sozialdemokratischen Verständnis von Gemeinwohl.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM

8/10

Die AfD betont strikte Integration, deutsche Leitkultur und Ablehnung von 'Gender-Ideologie' (NRW-Wahlprogramm 2022). Der FDP-Antrag teilt die Fokussierung auf Deutsch als einzige Bildungssprache und lehnt multikulturelle Didaktik ab — hohe Übereinstimmung im Kernziel, obwohl die AfD stärker auf Assimilation als auf 'Chancengerechtigkeit' setzt.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

7/10

Das AfD-Grundsatzprogramm 2016 fordert nationale Souveränität, kulturelle Integration und Ablehnung von 'Gender-Ideologie' (Q19–Q20). Der FDP-Antrag korrespondiert mit dieser Linie, wenn auch weniger nationalistisch formuliert. Allerdings fehlt die AfD-typische Polemik gegen Migration — daher kein vollständiger Konsens.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: Wer Prüfungen oder Leistungsnachweise in Herkunftssprachen anbietet, weil er es nicht schafft, den Kindern ausreichende Deutschkenntnisse zu vermitteln, kapituliert integrations- und bildungspolitisch.

Wer Prüfungen oder Leistungsnachweise in Herkunftssprachen ergänzend anbietet, um das vorhandene Wissen der Kinder zu erfassen und gezielt auf Deutsch aufzubauen, stärkt integrations- und bildungspolitisch die individuelle Förderung.

Begründung: Stärkt Solidarität (D2) und Transparenz (D5) durch Anerkennung bestehender Kompetenzen — entspricht GWÖ-Matrixfeld D2++ und D5+

Vorschlag 2 von 3

Original: Mehrsprachigkeit kann, wo sinnvoll eingebunden, eine zusätzliche Bildungsressource sein – aber sie darf nicht den Kernauftrag der Sprachbildung in Deutsch verdrängen.

Mehrsprachigkeit ist selbst ein Kernauftrag der Bildung, denn sie fördert metasprachliches Bewusstsein, kognitive Flexibilität und gesellschaftliche Teilhabe — und stärkt zugleich den Erwerb der deutschen Sprache.

Begründung: Behebt den falschen Gegensatz zwischen Deutsch und Mehrsprachigkeit; stärkt Solidarität (D2) und Ökologische Nachhaltigkeit (E3) als kulturelle Resilienz

Vorschlag 3 von 3

Original: Wir widersprechen dieser Forderung vehement. Denn sie lenkt von den eigentlichen Kernaufgaben der schulischen Förderung ab und droht, das Bildungssystem noch stärker zu überlasten.

Wir unterstützen die Forderung nach angepassten Regelungen — **unter der Voraussetzung, dass sie mit zusätzlichen Ressourcen für Lehrkräfte, Sprachmittler*innen und multiprofessionelle Teams verbunden sind**, um Überlastung zu vermeiden.

Begründung: Stärkt Soziale Gerechtigkeit (D4) und Transparenz & Mitbestimmung (D5); bezieht die Realität der Personalknappheit ein — entspricht GWÖ-Matrixfeld D4+ und C3+

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Abgelehnt · MMP18-128

Ja: AfD FDP Nein: CDU  GRÜNE SPD

 Heuchelei (Nein trotz Wahlprogramm-Match $\geq 7/10$)

Original-Antrag

Drucksache 18/15696

·Ohne Deutsch keine Chancengerechtigkeit · Bildungsqualität statt Auswei·

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

16.09.2025

Entschließungsantrag

der Fraktion der FDP

„Ohne Deutsch keine Chancengerechtigkeit – Bildungsqualität statt Ausweitung von Mehrsprachigkeit“

zum Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Mehrsprachigkeit an Schulen stärken – eine Chance für die Gesellschaft und die persönliche Entwicklung“

I. Ausgangslage

Nordrhein-Westfalen ist ein vielfältiges Land mit einem hohen Anteil an Schülerinnen und Schülern mit internationaler Familiengeschichte. Der Antrag von CDU und GRÜNEN verweist auf die potenziellen Vorteile der Mehrsprachigkeit – unter anderem eine Stärkung des metasprachlichen Bewusstseins, kognitive Flexibilität, Problemlösefähigkeiten sowie das Selbstwertgefühl. Eine wertschätzende Haltung gegenüber der Mehrsprachigkeit begrüßt auch die FDP-Landtagsfraktion NRW.

Gleichzeitig muss klar herausgestellt werden: Das nordrhein-westfälische Bildungssystem ist derzeit erheblichen Belastungen ausgesetzt. Lehrkräftemangel, Unterrichtsausfall sowie rückläufige Basiskompetenzen der Schülerinnen und Schüler in Lesen, Schreiben und Rechnen stellen zentrale Probleme dar. Der Antrag von CDU und GRÜNEN fordert, „Regelungen anzupassen, sodass fachliche Kompetenzen auch dann angemessen erfasst werden können, wenn ein Kind aufgrund noch unzureichender Deutschkenntnisse seine Kompetenzen nicht vollständig darstellen kann.“ Die FDP-Fraktion widerspricht dieser Forderung vehement. Denn sie lenkt von den eigentlichen Kernaufgaben der schulischen Förderung ab und droht, das Bildungssystem noch stärker zu überlasten.

Im Mittelpunkt der schulischen Förderung muss die deutsche Sprache stehen – als Schlüssel für Chancengerechtigkeit, berufliche Perspektiven und gesellschaftliche Teilhabe. Wer Prüfungen oder Leistungsnachweise in Herkunftssprachen anbietet, weil er es nicht schafft, den Kindern ausreichende Deutschkenntnisse zu vermitteln, kapituliert integrations- und bildungspolitisch. Bildungspolitisches Ziel muss es sein, dass jedes Kind seine Fähigkeiten in deutscher Sprache entfalten und zeigen kann. Nur so kann echte Teilhabe gelingen. Wer das Aufstiegsversprechen ernst meint, darf hier keine Abstriche machen, sondern muss das Deutschlernen als Kernaufgabe und oberste Priorität der Bildungspolitik verstehen. Alles andere bedeutet verpasste Chancen für die Kinder und ein Versagen der Landesregierung.

Die Grundlagen für gelingende Bildungsbiografien werden bereits in der frühen Kindheit gelegt. Kindertageseinrichtungen kommt daher eine entscheidende Bedeutung zu. Dort muss vorrangig der Erwerb der deutschen Sprache sichergestellt werden, um allen Kindern einen gerechten Start in die Schule zu ermöglichen. Mehrsprachigkeit kann, wo sinnvoll

Datum des Originals: 16.09.2025/Ausgegeben: 17.09.2025

eingebunden, eine zusätzliche Bildungsressource sein – aber sie darf nicht den Kernauftrag der Sprachbildung in Deutsch verdrängen.

Auch halten wir es für unrealistisch und nicht zielführend, die Mehrsprachigkeit, wie es der Antrag von CDU und GRÜNEN fordert, flächendeckend und strukturell als Querschnittsaufgabe im Schulsystem zu verankern. Derartige Forderungen blenden die Realität aus und gefährden die Bildungsqualität. Nicht der Umweg über den guten Gebrauch der Erstsprache verhilft den Schülerinnen und Schülern zum Erwerb der deutschen Sprache, sondern intensive Förderung gerade jener. Auch über die Grundschulzeit hinaus muss der Schwerpunkt auf der ständigen Verbesserung der Sprachkompetenz in Deutsch gelegt werden, um wichtige Grundlagen für eine vertiefte fachliche Ausdrucksweise in Ausbildung und Studium zu legen. Ebenso wenig unterstützen wir die Forderung nach der Stärkung der sprachlichen Vielfalt in der Lehrkräfteausbildung. Auch an dieser Stelle sollten alle Anstrengungen unternommen werden, um die deutschsprachige individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern zu ermöglichen.

In dem Antrag fordern CDU und GRÜNE weiterhin, den „Unterricht an die Lebensrealitäten und aktuelle Bedarfe der Schülerinnen und Schüler und deren Familien weiter anzupassen“. Inhaltlich und didaktisch muss Unterricht sich immer weiterentwickeln und aktuelle sowie zukünftig notwendige Kompetenzen vermitteln. Das darf aber nicht dazu führen, die Sprache zu wechseln, weil ein Anteil der Kinder nicht ausreichend Deutsch spricht. Im Gegenteil: Es muss den Kindern ermöglicht werden, dem Unterricht zu folgen und sich daran gut zu beteiligen.

Dennoch ist festzuhalten: Der herkunftssprachliche Unterricht bietet für Kinder mit starken Basiskompetenzen eine wertvolle zusätzliche Förderung. Solche Angebote sollten gezielt als freiwillige Ergänzungen auch weiterhin bestehen bleiben.

Auch bei Sprachstandsdiagnosen ist es sinnvoll, die Kompetenzen in einer Herkunftssprache zu berücksichtigen. Sie geben Aufschluss über das grundlegende Sprachverständnis eines Kindes, auf dem gezielt aufgebaut werden kann. Entscheidend bleibt jedoch: Bei festgestellten mangelnden Deutschkenntnissen muss eine verpflichtende Förderung in deutscher Sprache greifen.

Die FDP steht für einen pragmatischen Ansatz: Förderung von Mehrsprachigkeit, wo es pädagogisch sinnvoll und organisatorisch machbar ist – aber keine falschen Prioritäten. Wer heute neue Nebenwege eröffnet, während der Hauptweg – die Sicherung der Deutschkompetenz – blockiert bleibt, setzt den „Schulkompass“ auf Irrkurs!

II. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest:

- Der Erwerb der deutschen Sprache als Basis für Bildungsgerechtigkeit und Teilhabe hat höchste Priorität.
- Wer die Priorität auf andere Themen verschiebt, verstellt Kindern den Weg zu echter Chancengerechtigkeit.
- Alle Kinder müssen befähigt werden, ihre Fähigkeiten in deutscher Sprache zeigen zu können – nur so ist eine faire und vergleichbare Leistungsbewertung möglich. Eine Leistungsüberprüfung in anderen Sprachen als Alternative ist abzulehnen.
- Mehrsprachigkeit ist eine Ressource für die Bildungsbiografien jedes Einzelnen und in der Gesellschaft, darf aber nicht zu einer Überforderung des Schulsystems führen.
- Herkunftssprachliche Angebote können als Ergänzung bestehen, dürfen aber den Regelunterricht nicht belasten.

Der Landtag beauftragt die Landesregierung,

- sicherzustellen, dass der Erwerb der deutschen Sprache als Bildungs- und Teilhabesprache im Zentrum aller sprachfördernden Maßnahmen steht;
- keine weiteren strukturellen Verpflichtungen zur Förderung der Mehrsprachigkeit im Regelunterricht einzugehen, solange zentrale Herausforderungen – insbesondere im Deutschspracherwerb – nicht wirksam angegangen sind.
- herkunftssprachliche Angebote als freiwillige, ergänzende Bildungsangebote außerhalb des Regelunterrichts weiterhin zu fördern, deren Teilnahme auf Zeugnissen sichtbar zu machen und wertzuschätzen;
- eine stärkere Verzahnung mehrsprachiger Bildungsangebote mit Schul- und Ganztagsstrukturen zu fördern, wo es organisatorisch sinnvoll und personell machbar ist;

Henning Höne
 Marcel Hafke
 Franziska Müller-Rech

und Fraktion